

MELDUNGEN

CONFINTEA VI

Die UNESCO-Weltkonferenz zur Erwachsenenbildung, bekannt gemacht unter dem Kürzel CONFINTEA, findet alle 12 Jahre statt. 1997 war der Tagungsort für die fünfte Veranstaltung Hamburg, die sechste CONFINTEA geht nun im Jahr 2009 nach Brasilien. 2008 stehen dazu fünf regionale Vorkonferenzen in Afrika, Asien, Lateinamerika, Europa/Nordamerika und für den arabischen Raum auf dem Programm. In Deutschland hat der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) den CONFINTEA-Prozess tatkräftig unterstützt. Zur Begleitung dieses Prozesses sind jetzt zwei Publikationen entstanden: In der Zeitschrift *Bildung und Erziehung* 2/2008 sind mehrere Artikel in deutscher Sprache veröffentlicht, ferner gibt es eine Sonderausgabe der Zeitschrift *Convergence*, die ausführlich auf den CONFINTEA-Prozess eingeht und in der sich eine Reihe internationaler Experten zu Wort meldet. Nähere Auskunft erteilt das Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes: Obere Wilhelmstr. 32, 53225 Bonn, Tel. 0228/97569-0, iiz-dvv@iiz-dvv.de, www.iiz-dvv.de.

Meyer: Tendenz zum Zentralismus

Der Präsident des Zentralkomitees der Katholiken in Deutschland (ZdK), Hans-Joachim Meyer, hat den derzeitigen Zentralisierungsschub innerhalb der katholischen Kirche kritisiert und gleichzeitig dazu aufgerufen, sich in der Arbeit in den Pfarrgemeinden vor Ort nicht entmutigen zu lassen. Meyer sagte auf einer Vortragsveranstaltung in der Akademie Klausenhof in Hamminkeln, dass die Idee des »Volkes Gottes« mit der starken Stellung der Laienarbeit derzeit kaum umgesetzt werde. Im Gegenteil, die Tendenzen gehen nach seiner Beobachtung sogar zurück in die Zeit vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil.

BILDUNGSPOLITIK

»Weiterbildung ist kein Luxus«

Die deutsche Bildungspolitik strebt, wie vom Bildungsministerium (BMBF) seit der Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung oder den Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung mehrfach betont wurde, die Schaffung einer Weiterbildungsallianz an. So soll Nachdruck auf die Förderung des lebenslangen Lernens gelegt und konkret die Weiterbildungsbeteiligung gesteigert werden.

Lernen im Lebenslauf

Verschiedene Maßnahmen sollen gebündelt und in die Weiterbildungsallianz eingebracht werden, die die Bundesregierung mit den Ländern, Kommunen und Sozialpartnern bilden wird. Nach der bisherigen Planung werden die Vorbereitungen im September erfolgen, damit über die Sache dann auf dem Bildungsgipfel im Oktober 2008 entschieden werden kann. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), hat allerdings den Bund schon vor einer zu starken Einmischung in bildungspolitische Fragen gewarnt. Anlässlich des geplanten Bildungsgipfels teilte die saarländische Kultusministerin in der »Wirtschaftswoche« (16.8.08) mit, jeder Versuch des Bundes, die Länder an einem goldenen Zügel in eine Richtung zu ziehen, sei kontraproduktiv. »Die Länder werden sich ganz sicher nicht kaufen lassen« erklärte sie und forderte »Verbindungen auf Augenhöhe«.

Hierzu hat es auch weitere Einlassungen aus der Politik gegeben, die etwa auf eine Stärkung der Bundeskompetenz setzten. Die Debatte ist also eröffnet. Konkretes Ziel der deutschen Bildungspolitik ist es jedenfalls, die Weiterbildungsbeteiligung

insgesamt von derzeit rund 43% auf 50% im Jahr 2015 zu steigern. Dies erfordert laut BMBF effektive Beiträge vor allem der Sozialpartner und eine Fortentwicklung des Instrumentariums der öffentlichen Weiterbildungsförderung. Bekräftigt hat dies jüngst Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) in ihrem Interview mit dem programmatischen Titel »Länder sind am Zug«, das in der Themenausgabe »Lebenslanges Lernen« der vom Deutschen Bundestag herausgegebenen Wochenzeitung »Das Parlament« erschienen ist (Nr. 33-34/08, 11. August 2008).

Schavan kündigte hier an, sie wolle sich bei der Weiterbildungsallianz dafür einsetzen, dass Lernzeitkonten und konkrete Angebote zur Weiterbildung künftig standardmäßig Bestandteile von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen werden. Im gleichen Interview lehnte die Ministerin die SPD-Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss ab; es sei heute schon selbstverständlich, dass Erwachsene ohne Schulabschluss diesen später nachholen könnten. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) dagegen drang in der Koalition darauf, einen Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss durchzusetzen. Gleichzeitig zeigte sich die Ministerin davon überzeugt, dass die Bürger in Zukunft länger als bis 67 arbeiten würden. Wenn ein heute Siebenjähriger im Schnitt 100 Jahre alt werden könne, »dann ist doch die Vorstellung schrecklich, dass er nach dem Renteneintritt 33 Jahre lang zu nichts nutze sein soll«, betonte Schavan. Sie fügte hinzu: »Das fixe Renteneintrittsalter wird an Bedeutung verlieren.«

»Weiterbildung ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit«, lautete eine weitere grundsätzliche Erklärung

der Ministerin. Auch hier erläuterte sie die Feststellung im Blick auf volkswirtschaftliche bzw. betriebliche Interessen: »Langfristig ist es schlecht, keine Anreize für Weiterbildung zu setzen. Moderne Unternehmen müssen erkennen: Wer nicht in Bildung für seine Mitarbeiter investiert, wird seinen Innovationsvorsprung verlieren. Weiterbildung ist ein wichtiger wirtschaftspolitischer Impuls. Das Ermutigende ist, dass diese Botschaft jetzt auch in der Wirtschaft angekommen ist.« In der Parlamentsausgabe werden solche Thesen im Blick auf die berufliche Fort- und Weiterbildung, auf betriebliche und technologische Entwicklungen, auf E-Learning und andere Innovationen weiter ausgeführt. Den Eröffnungsbeitrag zu der Ausgabe hat Professor Ekkehard Nuissl, Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE), beige-steuert.

Versäulung der Bildung

Nuissl resümiert die neuere Bildungsforschung dahingehend, dass die Vorstellung vom Erwachsenen, der nach Absolvierung einer Ausbildungsphase seine Lernprozesse weitgehend abschließt, mittlerweile unhaltbar sei. »Erwachsene lernen im Prinzip gar nicht anders als Kinder und Jugendliche; aber sie lernen gezielter, interessenorientierter und selektiver.« Er spricht auch die Neuorientierung pädagogischer Prozesse am Erwerb von Kompetenzen an: »Es geht nicht mehr vorrangig um die Vermittlung des Wissens. Diese ist heute eher Mittel zum Zweck.« Vorrang habe heute die »Kompetenz, sich zu orientieren und selbst zu lernen«, so Nuissl, wobei er gleichzeitig, gegen den weiterbildungspolitischen Mainstream, daran erinnert, dass z.B. soziale Kompetenzen in den bislang diskutierten Nachweis- und Bewertungssystemen vernachlässigt werden.

Deutlich wird an den Grundsatzbeiträgen von Wissenschaftlern, Experten und Bildungsverantwortlichen, dass derzeit unter dem Regime der Großen Koalition kein großer weiterbil-

dungspolitischer Auf- oder Umbruch geschieht, dass aber Entwicklungen forciert werden, die sich am konsequenten »Lernen im Lebenslauf« orientieren und die insofern einem allmählichen Umbau des Bildungssystems den Weg bereiten. Ralph Bergold, ehemaliger Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft für Katholische Erwachsenenbildung (KBE) und Mitglied des Innovationskreises Weiterbildung, hat dies in seinem Kommentar zu den Empfehlungen des

Innovationskreises (EB 2/08) dargelegt. Demnach wird die »Versäulung von Bildung« obsolet. Festgefügte Institutionen mit separierten Bildungsaufträgen sollen der Vergangenheit angehören, Lernprozesse offen und anschlussfähig angelegt werden. Erwachsenenbildung erfährt so neuen Nachdruck, verliert aber auch den gesicherten Standort einer vierten Säule und muss ihre Beziehung zu anderen Institutionen der Bildung und Erziehung neu definieren. *js*

Berufs-Bildungs-Perspektiven 2008

Das Berufsbildungssystem in unserem Land steckt in einer Krise – mit dieser Feststellung machten die Gewerkschaften Verdi und IG Metall zum Sommer 2008 auf Bildungsdefizite aufmerksam. Die beiden Gewerkschaften suchen regelmäßig den Dialog mit Aus- und Weiterbildungsexperten und haben dazu einen wissenschaftlichen Beraterkreis ins Leben gerufen. Nach der Streitschrift »Bildung ist keine Ware« vom April 2006 (vgl. EB 2/06) hat der Kreis nun mit den »Berufs-Bildungs-Perspektiven 2008« Stellung zu zwei aktuellen Fragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung genommen: erstens zu den Auswirkungen der Föderalismusreform I und zweitens zu den Chancen und Risiken des europäischen bzw. deutschen Qualifikationsrahmens (vgl. dazu auch EB 2/08).

Die Föderalismusreform, so die 17 Wissenschaftler, hat der Bildung in Deutschland nicht geholfen, sondern massiv geschadet. Während Europa auf dem Weg sei, gemeinsame Bildungsperspektiven zu formulieren, werde die Bildung in Deutschland zur Krähwinkelpolitik. Der Beraterkreis formuliert die Anforderungen an die Föderalismusreform II wie folgt: Bildungsausgaben sind als Zukunftsinvestitionen zu sichern. Das sogenannte Kooperationsverbot in bildungspolitischen Fragen, das durch die Föderalismusreform I eingeführt wurde, soll fallen. Bund und Länder brauchen vielmehr neue Kompe-

tenzen des Zusammenwirkens für die allgemeine und berufliche Bildung. Mit der Umsetzung der EU-Berufsbildungspolitik auch in Deutschland und der Einführung des DQR und EQR bestehe die Gefahr, dass kleinteilig modularisierte Qualifikationseinheiten nach angelsächsischem Vorbild geschaffen würden. Dabei würde das deutsche Berufsprinzip an Bedeutung verlieren und seine individuellen und kollektiven Sicherungsfunktionen infrage gestellt. Die Wissenschaftler sehen einen anderen Entwicklungspfad: Sie formulieren die Leitlinien für eine Reform des Berufsbildungssystems, die das Berufsprinzip für die Ausbildung beibehält und für die Weiterbildung ausbaut, die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bereichen des Bildungssystems erhöht und die Aus- und Weiterbildung sowie formelles und informelles Lernen systematisch miteinander verbindet.

Gegen aktuelle Tendenzen der Privatisierung, Individualisierung und Kommerzialisierung der Bildung plädiert der Beraterkreis schließlich für eine Steuerungsform der Solidarität gegen die Steuerungsform des Marktes: »Mehr Markt macht nicht gebildeter.« Die Broschüre »Berufs-Bildungs-Perspektiven 2008« kann kostenlos über die Gewerkschaftszentralen bestellt oder übers Internet (www.berufsbildungspolitik.verdi.de oder www.igmetall-wap.de) bezogen werden. *js*

FORSCHUNG

Bildungsvererbung

Ein neues Schlagwort macht die Runde. Nachdem man in den letzten Debatten von Sozialforschung und Politik über die »Unterschicht« erfuhr, dass Armut in Deutschland erblich ist, heißt das Stichwort jetzt: Bildungsvererbung. Diesen Befund hat eine Untersuchung der Konstanzer Hochschulforscher um Tino Bargel für das Bundesbildungsministerium (BMBF) erbracht, die zum Sommer 2008 vorgelegt wurde (zit. nach www.fr-online.de). Der 10. sogenannte Studierenden-survey der Forscher ist auch auf der Website des Bildungsministeriums (www.bmbf.de) erhältlich.

Elitenbildung

An deutschen Universitäten studieren demnach immer mehr Akademikerkinder. Hatten 1993 erst 49% aller Studienanfänger einen Vater oder eine Mutter mit akademischer Ausbildung, so waren dies im Jahr 2007 schon 60%. Am ausgeprägtesten ist diese »Bildungsvererbung« laut Konstanzer Studie in der Medizin, wo bei 66% der Studenten mindestens ein Elternteil einen Universitätsabschluss hat. Bildungsministerin Annette Schavan forderte die Schulen dazu auf, »dafür zu sorgen, dass die Chancen zum Erwerb eines höheren Schulabschlusses ausschließlich von der Leistung der Schüler und nicht von ihrer sozialen Herkunft abhängig sind«. Dazu gehöre, leistungsstarke Kinder aus bildungsfernen Schichten in der Oberstufe der Gymnasien »aktiv zu unterstützen«. Auch müssten die »starrten Zugangsbeschränkungen« für ein Hochschulstudium überdacht und die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung erhöht werden.

Noch in den 60er Jahren galten die Universitäten »als Domäne der Männer«, heißt es in der Studie weiter.

Heute dagegen sind etwa 50% der Studierenden junge Frauen. Während geschlechtsspezifische Benachteiligungen ausgeglichen werden konnten, gelte dies nicht für die Frage der sozialen Herkunft. An den Universitäten sei »keine weitere Öffnung für neue Kreise der Bildungsaufsteiger festzustellen«. Die Untersuchung belegt allerdings auch: Trotz des hohen Frauenanteils unter den Studierenden folgt die Wahl des Fachs noch immer traditionellen Bahnen. Nach wie vor gibt es nur wenige Studentinnen in den mathematischen, naturwissenschaftlichen oder technischen Studiengängen.

Der Hochschulforscher Bargel analysiert mit seinem Team seit 25 Jahren das soziale Profil der Studierenden, ihre Studienstrategie und beruflichen Erwartungen sowie ihre Reaktionen auf den sich ändernden Arbeitsmarkt. Dazu werden im Abstand von drei Jahren auch Befragungen im Rahmen eines »Studierendensurvey« mit jeweils über 8000 Teilnehmern durchgeführt. Der aktuellen Umfrage zufolge sind die Studierenden heutigentags mit der Qualität des Studiums zuneh-

mend zufrieden. Viele wünschen sich allerdings eine bessere Betreuung im Studium und beim Übergang in den Arbeitsmarkt sowie mehr Praxisbezug. Die Studie belegt zudem, dass die Studierenden ihr Studium effizienter gestalten wollen als noch vor wenigen Jahren, sei es durch einen zügigen Studienablauf, hohe Arbeitsintensität oder ein besonders gutes Examen. Auch die selbst eingeplante Studierendauer hat sich weiter verringert. Dies sei fast vollständig auf den gestiegenen Anteil der kürzeren Bachelor-Studiengänge zurückzuführen. Nach der Umfrage sind Prüfungsängste in diesen Studiengängen nicht höher als in anderen Studiengängen.

»Zweite Chance«?

Solche Ergebnisse betreffen aber nicht allein die Schule oder Hochschule. In der Weiterbildung ist das Problem ebenfalls virulent. Zwar konnte das BMBF Anfang des Jahres stolz vermelden, dass sich in Deutschland wieder mehr Menschen an Weiterbildung beteiligen. Doch in der Trendanalyse zur Weiterbildung, die das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) zum Frühjahr 2008 veröffentlichte (vgl. EB 2/08), bestätigte sich nochmals die soziale Schieflage, die auch das Weiterbildungssystem in Deutschland prägt. So sinkt das Gesamtfinanzierungsvolumen für die Weiterbildung stetig bei

Weiterbildung und Chancengleichheit

Im November 2007 fand in Weimar die Herbstakademie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) statt. Das Thema der Veranstaltung lautete: »Weiterbildung und Chancengleichheit – Impulse durch das europäische Jahr der Chancengleichheit«. Das Eröffnungsreferat mit dem programmatischen Titel »Wer hat, dem wird gegeben« hielt Prof. Jutta Allmendinger, die die real existierende Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem von der Kita bis zur Weiterbildung darstellte. Weitere Beiträge gab es von Prof. Gerhard Bosch

(Strategien zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung), Dr. Ursula Herdt (Weiterbildungsberatung) und GEW-Vorstandsmitglied Dr. Stephanie Odenwald (Gesellschaftspolitische Kompetenz als Teil einer Grundbildung).

Diese und andere Diskussionsbeiträge sind jetzt in der Dokumentation greifbar, die der GEW-Hauptvorstand (Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt/M., www.gew.de) herausgegeben hat.

steigenden Teilnehmergebühren, was die Bildungsteilnahme zunehmend zu einer Sache der Berufe macht, in denen man sich die Finanzierung leisten kann. Dies ist ein besonderer Skandal: Die breite Infrastruktur der außerschulischen Bildung, auf die Deutschland stolz ist, reproduziert die soziale Selektionsleistung des Schulsystems – und das gerade angesichts der allgemein erhobenen Forderung, das lebenslange Lernen für alle zu fördern und speziell im Weiterbildungsbereich eine »zweite Chance« für diejenigen zu eröffnen, die an der schulischen Auslese gescheitert sind.

js

5. wbv-Fachtagung

Der W. Bertelsmann Verlag veranstaltet vom 29. bis 30. Oktober 2008 in Bielefeld seine 5. Fachtagung. Sie steht unter dem Motto »Perspektive Bildungsberatung – Chancen für Weiterbildung und Beschäftigung« und wendet sich wieder an Weiterbildner, Vertreter von Wirtschaft, Politik und Verbänden. Zu den Referenten gehören u.a. Ursula Herdt, Nationales Forum Beratung, Prof. Jörg Knoll, Universität Leipzig, Eckart Lilienthal, BMBF, Prof. Christiane Schiersmann, Universität Heidelberg, und Prof. Christine Zeuner, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg. Interessenten wenden sich an den wbv, PF 100633, 33506 Bielefeld, Fax 0521/91101-79, E-Mail: joachim.hoeper@wbv.de.

Qualitätssicherung

Die Auseinandersetzung mit Fragen der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung gehört in der Erwachsenenbildung und in der beruflichen Bildung zum Alltagsgeschäft. Experten und Beschäftigte ringen seit Jahren um entsprechende Standards, um angemessene Kriterien und Verfahren und auch darum, wie sie entwickelt und eingesetzt werden können. Zwei Ebenen prägen dabei die Diskussion: Zum einen geht es um die Entwicklung von Kriterien und Messverfahren, zum anderen um die verschiedenen Anwendungen selbst. Das unter Mitwirkung des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) entstandene Dossier des Deutschen Bildungsservers »Qualitätssicherung in der Weiterbildung« bietet u.a. einen Überblick über die stetig wachsende Zahl an Verfahren und Zertifikaten. Adresse: www.bildungsserver.de/link/modul_qualitaet_weiterbildung.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Kompetenzvermittlung

Die Entwicklung eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) für das gesamte Bildungswesen – ein Prozess, der inzwischen auf nationaler Ebene als Erstellung eines NQR bzw. DQR fortgeführt wird – gehört zu den wichtigsten bildungspolitischen Themen auf bereichsübergreifender Ebene (vgl. »Qualifikationsrahmen – In Arbeit« in EB 2/08). Der Anstoß zu dieser Entwicklung kam aus der abschlussbezogenen Bildung, hat aber mittlerweile seine Kreise gezogen, so dass auch die Jugend- und Erwachsenenbildung mit ihren verschiedenen Abteilungen betroffen ist. Die damit verbundenen Herausforderungen, aber auch die begonnenen Debatten und Konsultationen dokumentieren zwei Fachpublikationen des Jahres 2008, die sich speziell den Konsequenzen für die außerschulische Bildung widmen.

Die Fachzeitschrift **Außerschulische Bildung** (AB) hat das Thema mit dem Schwerpunktheft 1/08 »Qualitäts- und Kompetenznachweise in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung« aufgegriffen. Hier schreibt eine Reihe von Autoren und Autorinnen, die im Kontakt mit der Bildungspraxis stehen und die teilweise die Bedenken der außerschulischen Bildung gegen

eine Standardisierung und Vermessung der pädagogischen Arbeit sehr deutlich zur Sprache bringen. Helle Becker thematisiert hier die neuere Entwicklung hin zur »Valorisation und Validierung« von Bildung, Markus Bretschneider und Sabine Seidel stellen den ProfilPASS vor, Klaus-Peter Hufer kritisiert den Messbarkeitswahn, der in der Bildungsszene Einzug hält. Die Vierteljahrszeitschrift AB, Untertitel: »Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung«, wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), einem der großen Zusammenschlüsse außerschulischer Bildungseinrichtungen, herausgegeben. Bezug: www.adbildungsstaetten.de.

Die Fachzeitschrift **Praxis Politische Bildung** (PPB), die vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap) als Forum für die außerschulische Debatte ins Leben gerufen wurde, hat ihr Heft 4/08 unter das Thema »Kompetenzen in der außerschulischen Bildung« gestellt. Hier wird ausführlich über die Arbeit am europäischen und deutschen Qualifikationsrahmen berichtet. Speziell gibt es Beiträge, die aus der Diskussion des Bundesausschusses und seiner Gremien hervorgegangen sind. An diesen Diskussionen waren auch Vertreter der katholisch-sozialen Bildung beteiligt. Eröffnet wird das Heft mit einem Aufsatz von Helle Becker (bap), die die Gesamtdiskussion umreißt und die im »Ende des kanonischen Lernens« eine Chance für die außerschulische Bildung sieht. Europa ist ein entscheidendes Stichwort des Heftes: Der bap-Vorsitzende Theo W. Länge informiert über den zweifelhaften Fortschritt vom EQR zum DQR. Wolfgang Beer (Evangelische Akademien/bap) stellt den Zusammenhang mit der Selbstverständnisdiskussion der pädagogischen Profession her und EB-Chefredakteur Michael Sommer gibt Hinweise zu den Trends in anderen europäischen Ländern. Die Vierteljahrszeitschrift PPB erscheint im Juventa-Verlag. Kontakt zum Verlag: www.juventa.de, zum Herausgeber: www.bap-politischebildung.de.

js

VON PERSONEN

Cornelia Quennet-Thielen wird zum 1. November 2008 neue beamtete Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Sie soll das Amt von **Michael Thielen** übernehmen, der als Generalsekretär zur Konrad-Adenauer-Stiftung wechselt. Frau Quennet-Thielen war bislang stellvertretende Chefin des Bundespräsidialamtes. Zuvor war sie im Bundesumweltministerium tätig, unter anderem leitete sie dort die Unterabteilung »Grundsatzfragen« und war deutsche Verhandlungsführerin für die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll der Vereinten Nationen.

Christine Hoffmann wird ab 1. Oktober 2008 neue Generalsekretärin von Pax Christi mit Sitz in Berlin. Sie war vorher Referentin beim BDKJ-Bundesvorstand.

Dr. Veronika Straub, langjährige Dozentin an der Katholischen Akademie Hamburg, ist zum September 2008 in den Ruhestand getreten.

Heiner J. Willen, Leiter des St. Jakobushauses in Goslar, begrüßte zum 50. Jubiläum der katholischen Akademie des Bistums Hildesheim zahlreiche Gäste in der Bildungseinrichtung. Darunter waren **Bischof Norbert Trelle** und **Prof. Florian Wilk** von der Universität Göttingen, der einen theologischen Festvortrag hielt.

Barbara Terfehr, bislang kommissarische Leiterin des Ludwig-Windthorst-Hauses in Lingen, hat zum Sommer 2008 die Leitung der Bildungseinrichtung übernommen. Neuer stellvertretender Leiter ist **Dr. Andreas Kratel**.

Bruno Tetzner, Mitbegründer der Akademie Remscheid und der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ), ist im Juli 2008 im Alter von 86 Jahren verstorben. »Es gibt kaum eine Innovation in der deutschen Kultur- und Jugendpolitik, an der er nicht zumindest beratend, oft aber auch gestaltend mitgewirkt hat«, schrieb **Prof. Max Fuchs**, der gegenwärtige BKJ-Vorsitzende, in seinem Nachruf.

DOKUMENTATION

Erklärung der DEAE und der KBE zum 2. Deutschen Weiterbildungstag am 25. September 2008

Die konfessionellen Träger unterstützen den 2. Deutschen Weiterbildungstag, lenken aber den Blick auf den besonderen Beitrag der allgemeinen Weiterbildung.

Die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) unterstützen ausdrücklich das Anliegen des 2. Deutschen Weiterbildungstages, eine Offensive für die Weiterbildung in Deutschland zu starten.

Als konfessionelle und wertebezogene Träger innerhalb des pluralen Spektrums der Weiterbildungsanbieter weisen DEAE und KBE dabei auf die zunehmende Bedeutung von Angeboten der allgemeinen Weiterbildung hin, auf die unsere Gesellschaft von morgen immer weniger verzichten kann, auch wenn sie nicht unmittelbar beruflichen Nutzen hervorbringen.

In der allgemeinen Weiterbildung geht es vor allem um Angebote

- zur Beschäftigung mit der eigenen Kultur, zur Auseinandersetzung mit anderen Lebensentwürfen wie Weltanschauungen und zur Ermöglichung eines Diskurses über ethisch relevante Themen und Zukunftsfragen unserer Gesellschaft;
- zur Förderung der Demokratiekompetenz in der politischen Bildung;
- zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements;
- zur Förderung von Eltern- und Erziehungskompetenz, aber auch zur Grundlegung für das soziale Miteinander, die Förderung von Beziehungsfähigkeit sowie für die Lernfähigkeit der (Klein-)Kinder in der Familienbildung;
- für die vielfältige Bildungsarbeit mit Senioren sowie für eine Förderung des Miteinanders der Generationen;
- zur Förderung der Integration unserer ausländischen MitbürgerInnen, die weit über die Vermittlung von Sprachkompetenzen hinausgeht.

Mit der Unterstützung des 2. Deutschen Weiterbildungstages bringen DEAE und KBE zum Ausdruck, dass Weiterbildung Zukunft ist, weil unsere Gesellschaft und unsere Welt von morgen nur von Menschen mitgestaltet und zusammengehalten werden kann, die um sich selber wissen, sich in die Zusammenhänge der Gesellschaft einordnen können und daher auch unsere gemeinsame Welt mitgestalten können. Deshalb sehen die konfessionellen Träger ihre Aufgabe vor allem in Angeboten der allgemeinen Weiterbildung, die neben der beruflichen Weiterbildung auch zukünftig der dringenden Unterstützung bedarf.

Frankfurt, Bonn, den 25. September 2008
Christina Wohlfahrt, Vorsitzende DEAE
Dr. Bertram Blum, Vorsitzender KBE